

Medieninformation

14. Mai 2009

IG BOHR: Unmut über Verzögerung beim geplanten Spitzentreffen nimmt zu

FREIBURG. In der Bevölkerung am Oberrhein macht sich zunehmend Unmut und Sorge breit, dass die politischen Bemühungen um die Realisierung von Baden 21 nicht vorankommen. Darauf wiesen Vertreter der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein (IG BOHR) bei einem Pressegespräch am Donnerstag in Freiburg hin. In einer Resolution an die Landesregierung haben die Bürgerinitiativen für einen mensch- und umweltfreundlichen Ausbau des dritten und vierten Gleises daher ihre Position bekräftigt, dass sie vom Land erwarten, das geplante Spitzentreffen mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und dem neuen Chef der Deutschen Bahn AG, Rüdiger Grube, bald zustande zu bringen: „Die Landesregierung muss die Initiative ergreifen,“ erklärte Roland Diehl, einer der Sprecher der IG BOHR. Außerdem haben die Bürgerinitiativen ihr Konzept „Baden 21“ aktualisiert. Im Wesentlichen ging es dabei um die Ergänzung zur Forderung der Tieflage in Weil-Haltingen.

Wie es in der Resolution heißt, sorgt derzeit vor allem die Tatsache für Verärgerung, dass trotz der Bemühungen um eine politische Lösung die planrechtlichen Verfahren forciert werden. Dieser Widerspruch nährt die Zweifel in der Bevölkerung, dass die Bemühungen um eine Umsetzung von Baden 21 ernsthaft und glaubwürdig sind. „Wir fordern daher die Verantwortlichen im Land auf, den Wettlauf zwischen Politik und Verwaltung zu beenden und vor einer politischen Entscheidung auf weitere Erörterungstermine zu verzichten“ erklärte Roland Diehl.

Wie die Vertreter der IG BOHR bekräftigten, werde nur eine Lösung im Paket akzeptiert. Dabei geht es um sechs Kernforderungen, die nun Bestandteil des aktualisierten Konzepts BADEN 21 sind:

1. Ein Güterzugtunnel mit einer zweigleisigen Röhre für Offenburg
2. Eine zweigleisige Güterzugtrasse entlang der BAB 5 zwischen Offenburg und Riegel mit optimalen Lärmschutz für diese Trasse,
3. Mittel- und Teiltieflagen mit lokal verstärkten Lärmschutzmaßnahmen an der vorgesehenen BAB 5-parallelen Güterzugtrasse von Riegel bis Mengen
4. Eine teilgedeckelte Tieflage der Güterzugtrasse von Mengen bis südlich Buggingen (Bürgertrasse)
5. Eine gedeckelte Tieflage der Güter- und Fernverkehrstrasse in Weil-Haltingen

6. Eine Streckenführung, die es gestattet, dass möglichst alle Transitgüterzüge zur Schonung der Isteiner Klotz-Gemeinden durch den Katzenbergtunnel fahren können und dass dadurch auf der Rheintalstrecke ein 30-min. Takt für die Regio-S-Bahn Freiburg – Basel möglich wird.

Nach Ansicht der IG BOHR ist BADEN 21 wie Stuttgart 21 ein für das Land herausragendes Infrastrukturprojekt. Seine menschenverträgliche, umweltgerechte und zukunftsfähige Planung und Ausführung liegt deshalb in hohem Landesinteresse. Nur Stuttgart 21 und BADEN 21 ergeben in ihrer Summe „Baden-Württemberg 21“. „Mit der Antragsstrasse der DB AG hat der 2000jährige Kulturraum am südlichen Oberrhein keine Zukunft“, heißt es in der Resolution weiter. Der viergleisige Ausbau der Rheintalbahn beschere der Bevölkerung am südlichen Oberrhein in erster Linie die am stärksten belastete Transitgüterstrecke Europas. Davon habe die Bevölkerung nichts außer Lärm mit seinen enormen Kollateral- und Folgeschäden. Da ihre elementaren Lebens- und Entwicklungsinteressen berührt seien, erwarte die Region zu Recht, dass sich die Bahn an die Region anpasst und nicht umgekehrt. BADEN 21 erfüllt alle Voraussetzungen für eine solche Anpassung und sei auch technisch machbar. .

Der Bahngipfel mit voraussichtlich mehreren Spitzengesprächen ist im Ergebnis im Sinne der ganz überwiegenden Mehrzahl der Menschen in der Region am südlichen Oberrhein dann Ziel führend, wenn sich die Beteiligten Bund, Bahn und Land über die Finanzierung von BADEN 21 einigen, heißt es in der Resolution weiter. Der Bund sei in der Pflicht als Träger des Projekts, die Bahn als die Gewinnerin dieser hochprofitablen Magistrale von europäischer Dimension, und das Land könne sich der Frage einer finanziellen Beteiligung schon deshalb nicht entziehen, weil es bis zur Entstehung des oberrheinischen Protests den Bahnplanungen raumordnerisch grünes Licht gegeben habe.

Mit einer enormen Kraftanstrengung habe die Region Südbaden, die sich seit vielen Jahren konstruktiv um eine andere Bahnplanung bemüht, in enger Zusammenarbeit mit der „Rech AG“ die Landesregierung mit den für die Durchsetzung von BADEN 21 notwendigen Argumenten bestückt. Die Landesregierung habe bekundet, dass sie für ihre Bürger am südlichen Oberrhein eine Planänderung im Sinne der sechs Kernforderungen von BADEN 21 will. Bund und Bahn wollen diese Änderung nicht. „Die Landesregierung ist daher in der Initiativpflicht für den Bahngipfel, der überfällig ist.“

Ansprechpartner für weitere Informationen:

Dr. Roland Diehl
Vorsitzender des Sprechergremiums der IG BOHR
Vorstand MUT e.V.
Telefon: 07633/1 43 62
Mobil: 0160-10 38 230
Fax: 07633 405409
vorstand@mut-im-netz.de